Saarlouis, Freitag, 6. Mai 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis. Durch unsere Agenten 13 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 m/m Borgiszeile 1 Mk., b) für Reklamen 68 m/m 3 Mk. Bei Wiederholungen planmäßiger Rabatt.

Nr. 95. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 68. Postfach 38.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Rücktritt der Reichsregierung. — Der Aufruhr in Oberschlesien.

Eine Kabinettskrise.

bz. Berlin, 4. Mai. Wie mehrere Blätter mitteilen, sollen zu der heutigen Beratung der außenpolitischen Lage im Reichskabinett die Führer der Regierungsparteien eingeladen werden. Wie Vossische Zeitung und Lokalanzeiger aus parlamentarischen Kreisen hören, sei durch die ablehnende amerikanische Antwort die Regierungskrise akut geworden. Nach im Lokalanzeiger wiedergegebenen Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen werde von den Parteien ein Personenwechsel im Reichskabinett gefordert, dagegen soll die Koalition unverändert bleiben.

bz. Berlin, 4. Mai. Entgegen den Berichten über den Rücktritt des Reichskabinetts hat die Deutsche Allgemeine Zeitung festgestellt, daß ein Beschluß des Kabinetts über den Rücktritt nicht vorliegt. Richtig ist auch, daß der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses einen derartigen Beschluß angekündigt habe. Nach einer Meldung des Berl. Tgb. wird die Ministerkrise sehr bald eintreten. Es sei anzunehmen, daß das Kabinett zurücktreten werde, wenn die Frage der Unterzeichnung des durch Pressemeldungen bereits angekündigten Ultimatums der Entente akut werde. Wie das Blatt weiter hört, werden die Sozialdemokraten nicht in die Koalition eintreten. Da andererseits auch die Deutschnationalen ihre Zurückhaltung nicht aufgeben wollen, so werden die bisherigen Koalitionsparteien die neue Regierung aus ihren Reihen bilden müssen. — Der Lokalanzeiger und die Voss. Ztg. teilen mit, daß innerhalb der Koalitionsparteien die Auffassung überwiege, daß der Kabinettswechsel eine zwingende Notwendigkeit sei. Nach dem Berliner Lokalanzeiger ist eine Entscheidung heute morgen zu erwarten.

Das Gesamtkabinett tritt zurück.

— Berlin, 5. Mai. Die weder durch eine [illegible] parlamentarische Opposition als durch den [illegible] des Reichskabinetts herausgerufene [illegible] Krise hat schon heute einen vorläufigen [illegible] gefunden. In einer dreistündigen Beratung, die am späten Nachmittag begann, ist das Kabinett einstimmig zu dem Entschluß gelangt, in seiner Gesamtheit zurückzutreten. Die Regierung glaubt nach dem [illegible] der Antwort Washingtons auf ihr Gesuch um Vermittlung wegen des Scheiterns ihrer Bemühungen vor der Oeffentlichkeit eine Niederlage erlitten zu haben. Zu der sofortigen Demission hat man sich deshalb entschlossen, weil eine Verzögerung die Schwierigkeiten des neuen Kabinetts noch vermehren könnte.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten den Entschluß des Kabinetts bereits unterbreitet. Auf Wunsch des Präsidenten werden die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung von der bisherigen weitergeführt.

Das künftige Kabinett.

* Berlin, 5. Mai. Morgen vormittag ½11 Uhr wird, wie wir hören, der interfraktionelle Ausschuß der bisherigen Regierungsparteien bereits zusammentreten, um zur Bildung einer neuen Regierung Stellung zu nehmen. Dem neuen Kabinett dürfte keines der Mitglieder der bisherigen Regierung angehören. Als Kandidat für den Posten des Reichskanzlers wird jetzt ernsthaft der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Stresemann genannt. Dagegen beruhen die da und dort auftauchenden Angaben über den künftigen Minister des Aeußern wohl nur auf Kombinationen, da für dieses Ressort gerade unter den gegenwärtigen Umständen die Bewerber nicht allzu zahlreich sein dürften. Auch die neue Regierung wird sich voraussichtlich nur auf die bisherige Koalition von Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayrischer Volkspartei stützen können, da, wie man hört, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen bereits gestern in einer Besprechung beim Reichspräsidenten sehr deutlich zu erkennen gegeben haben, daß sie sich gegenwärtig an keiner Regierung beteiligen wollen. Ebensowenig dürfte auch die Hinzuziehung der Deutschnationalen in Frage kommen.

Stegerwald lehnt die Kabinettsbildung ab.

In den späten Abendstunden empfing der Reichspräsident Ebert zwei Vertreter des Zentrums, um auch mit ihnen über die Kabinettsbildung zu sprechen. Die ganze Frage der Kabinettsbildung war bis in die späten Abendstunden noch völlig ungelöst. Fest steht, daß sich Ebert an den preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald gewandt hat, der jedoch abgelehnt hat, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Das Zentrum scheint aber dennoch Wert darauf zu legen, den Reichskanzlerposten für sich zu behalten. Trotzdem nennt man den Namen Stresemann weiter. Die beiden Zentrumsleute, der deutsche Gesandte Dr. Mayer und der Reichsarbeitsminister Brauns scheinen noch immer auf der Liste zu stehen.

Die Zustände in Oberschlesien.

bz. Beuthen, 4. Mai. In der vergangenen Nacht wurde der Direktor der Preußengrube in Kattowitz von Aufrührern erschossen. In Hindenburg und Zabrze wurde die Apo gezwungen, ihre Waffen niederzulegen. Der Ort Hindenburg ist von französischen Truppen besetzt, der Kreis ist in polnischer Hand. Die Stadt Lublinitz und die Stadt Ujest werden belagert.

bz. Tarnowitz, 4. Mai. Bereits gestern Abend um 11 Uhr wurde hier bekannt, daß die Polen aus der Umgegend versuchen würden, sich in den Besitz der Stadt zu setzen. Nachts um 1 Uhr rückten auch bewaffnete Banden aus den umliegenden Dörfern in die Stadt ein. Die angreifenden Polen wurden von den Apobeamten zurückgeworfen. Erst in der fünften Morgenstunde begann französische Kavallerie und Artillerie den Ring zu säubern, und dabei wurde den Polen eine größere Anzahl abgenommen, die Waffenträger jedoch wieder freigelassen. In einer Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, eine Abordnung zum Kreiskontrolleur zu senden und ihn um Hilfe zu bitten.

bz. Laurahütte, 4. Mai. Gegen 2 Uhr nachts wurde die Eingänge des Doppelortes Laurahütte von Aufständischen besetzt, die allmählich nach dem Mittelpunkte vorrückten. Bahnhof und Post wurden von den Aufständischen besetzt.

— Kattowitz, 4. Mai. Hier haben Insurgenten nach lebhaftem Feuer die Apo-Baracken in Wilhelmsbad besetzt und die Beamten gefangen genommen. Ein Zug Insurgenten drang in das Polizeipräsidium ein, das eine halbe Stunde später von einem französischen Kapitän wieder befreit wurde. Unter den Insurgenten befinden sich Hallersche Soldaten. Aus den umliegenden Orten sind die Blaue Polizei und die deutschen Beamten geflohen. 200 [illegible] gestern abend [illegible] soll in den Händen der Insurgenten sein. — Nachmittags um die aufgestellten Tanks eröffneten gegen fünf Uhr die Insurgenten eine wilde Schießerei in der ganzen Stadt, die trotz des Belagerungszustandes andauert. Eisenbahn- und Straßenbahn verkehren nicht. Bei Obergloggau wurde eine Eisenbahnbrücke gesprengt. Kandrzin ist in den Händen der Aufständischen, von denen in der Umgebung 3000 kriegsmäßig ausgerüstet versammelt sind. In Beuthen herrscht zur Zeit Ruhe.

bz. Oppeln, 4. Mai. Die interalliierte Kommission hat den Belagerungszustand über die vom Aufruhr betroffenen Kreise verhängt. Sie wird, wie sie erklärt, vor keinem Mittel zurückschrecken, um die Ruhe und Ordnung zu wahren.

bz. Oppeln, 4. Mai. Die Aufstandsbewegung ergibt nach den bis zum Abend vorliegenden Meldungen folgendes Bild: Mit Ausnahme einiger größerer Städte sind fast sämtliche Ortschaften des Mittel- und Südreviers in den Händen der Aufständischen, ebenso die meisten Ortschaften in den Kreisen Lublinitz, Groß-Strehlitz und Tarnowitz. Der Bahnverkehr ruht vollkommen. In den Kreisen Rybnik, Pleß, Lublinitz, Königshütte und Gleiwitz ist die Lage jetzt ernst. Die Aufständischen, meist junge Leute, führen schwere Maschinengewehre und Minenwerfer mit sich.

bz. Berlin, 4. Mai. Die Blätter teilen zahlreiche polnische Greueltaten aus Oberschlesien mit. In Annahütte wurde das Polizeikommando bis auf den letzten Mann niedergemacht, 18 Polizeibeamte wurden erschlagen und verstümmelt.

Eine deutsche Note.

* London, 4. Mai. Reuter meldet, daß der deutsche Botschafter heute nachmittag im Foreign Office eine Note betreffend die polnische Bewegung in Oberschlesien überreicht habe. Die Note erklärt, daß die deutsche Bevölkerung keinen Anlaß gegeben habe zur Entfesselung einer Bewegung, für deren Folgen die deutsche Regierung jede Verantwortung ablehne.

Korfanty — Zivil- und Militärgouverneur von Oberschlesien.

bz. Breslau, 5. Mai. Korfanty hat sich gestern abend zum Zivil- und Militärgouverneur von Oberschlesien ausgerufen.

Die Sitzung des Obersten Rates.

bz. Paris, 4. Mai. Nach einer Meldung aus London hat gestern Vormittag 11 Uhr eine Sitzung des Obersten Rates stattgefunden, in der die militärischen Sachverständigen Bericht erstatteten. Marschall Foch und Vizeadmiral Grasset, der Kommandeur des französischen Mittelmeergeschwaders, vertraten Frankreich, Marschall Wilson und Admiral Beaty England, General Marietti Italien, General Watanabe Japan und General Maglinse Belgien. Nach dem Temps sind eine Anzahl Maßnahmen geprüft worden, die sich beziehen auf die Besetzung des Ruhrgebiets und, wenn die Lage es erfordert, auch auf maritime Maßnahmen, über deren Ausdehnung noch verhandelt wird. Die Pläne über die Besetzung des Ruhrgebiets sollen nach diesem Blatte gebilligt worden sein.

Nach einer weiteren Meldung haben die finanziellen Sachverständigen ihre Arbeit über die Zahlungsbedingungen und die von Deutschland zu fordernden Garantien, die durch die Reparationskommission in den nächsten 4 Tagen Deutschland notifiziert werden sollen, beendet. Die bereits mitgeteilte Annahme soll im großen und ganzen den heute Vormittag verbreiteten Nachrichten entsprechen. Auch habe die Frage der Schaffung eines Garantiekomitees britischerseits trotz der gestrigen Einwendungen seine Billigung gefunden. Das gesamte Finanzproblem werde der Oberste Rat im Laufe des Nachmittags billigen; der Oberste Rat werde dann seine Session beendigen. Briand hofft, morgen vormittag London verlassen zu können.

bz. Paris, 4. Mai. Wie aus London gemeldet wird, soll der Oberste Rat über das Ergebnis der wirtschaftlichen Sanktionen, die seit März im Rheinlande in Kraft getreten sind, unterrichtet worden sein. Sie seien befriedigend; in dem einen Monat hätten die Einnahmen den Betrag von 150 Millionen Papiermark erreicht, was eine Gesamtsumme von 300 Millionen Goldmark im Jahre ausmache.

bz. Paris, 4. Mai. Wie aus London berichtet wird, fand die Sitzung des Obersten Rates, die auf nachmittags 3 Uhr anberaumt worden war, nicht statt; sie wurde auf 6 Uhr vertagt. Auch um 6 Uhr fand die Sitzung nicht statt und wurde auf 9½ Uhr abends abermals vertagt.

Eine herzliche Botschaft des Obersten Rates an Amerika.

bz. London, 4. Mai. Wie Morning Post meldet, sandte der Oberste Rat in seiner gestrigen Sitzung eine herzliche Botschaft an die Vereinigten Staaten, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die amerikanische Regierung Mittel und Wege finden wird, um zur unmittelbaren Beteiligung an den verschiedenen Organisationen der Alliierten zurückzukehren. Morning Post schreibt, in alliierten Kreisen werde dem herzlichen Ton und der herzlichen Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber den Alliierten, wie er in der amerikanischen Note an die deutsche Regierung zum Ausdruck kam, große Bedeutung beigemessen. [illegible] der [illegible] Faktor bei den [illegible] Beratungen der Alliierten gewesen.

bz. London, 4. Mai. In der Sitzung des Obersten Rates, die um 1 Uhr nachts zu Ende war, wurde der militärische Plan angenommen. Die vorgesehenen Maßnahmen [illegible] sollte, auch [illegible] eine Blockade Deutschlands bedeuten oder die Besetzung Hamburgs im Zusammenwirken mit Landstreitkräften. Keine Änderung an dem Wortlaute der Entschließung des Obersten Rates wurde vorgenommen. Die Denkschrift über die Zahlungsbedingungen und Sicherheiten wird die Reparationskommission Deutschland innerhalb 4 Tagen zusenden. Die Schaffung eines Garantie-Ausschusses als Sonderstelle der Reparationskommission wurde gutgeheißen.

Besuch des Botschafters Sthamer.

bz. London, 4. Mai. Daily Telegraph zufolge erregte gestern der Besuch des deutschen Botschafters Sthamer im Auswärtigen Amte großes Interesse. Man glaubte zuerst, daß der Besuch mit dem neuen deutschen Angebot zusammenhänge. Es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß der Besuch mit dem bevorstehenden Rücktritt des deutschen Kabinetts und sogar, wie man meint, des Reichspräsidenten, zusammenhängt. Es sei die Möglichkeit vorhanden, daß Botschafter Sthamer aufgefordert werden wird, das Ministerium des Aeußern in einem neuen Kabinett zu übernehmen.

bz. London, 4. Mai. Daily Telegraph meldet, daß Marschall Foch heute vormittag und Briand am Abend abreisen werde.

Am 12. Mai.

— London, 4. Mai. Die Reparationskommission ist aus Paris herbeigerufen worden. Sie wird morgen in London eintreffen und Deutschland ein Protokoll übersenden, das bis zum 12. Mai, nachts 12 Uhr, zu beantworten ist.

Die Zurückziehung der Truppen am Rhein.

bz. London, 4. Mai. Nach einer Meldung des Manchester Guardian berichtet die Evening Post, das erste Ergebnis des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland werde die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein sein.

Französische Eisenbahner nach Trier.

bz. Paris, 4. Mai. Französischen Berichten zufolge sind 150 Eisenbahner der französischen Eisenbahnen gestern abend von Versailles nach Trier abgereist.

Gemeinsame Erklärung der Entente.

bz. London, 5. Mai. Der bekanntgegebene amtliche Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Verbandsregierungen lautet in Uebersetzung:

Die Verbandsregierungen stellen fest, daß trotz der wiederholten Zugeständnisse, welche von den Verbündeten seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gemacht worden sind, ungeachtet der Warnungen und Zwangsmaßnahmen, die in Spa und Paris beschlossen wurden, wie auch der in London angekündigten und später in Kraft getretenen Maßnahmen die deutsche Regierung mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Rückstande ist, die ihr nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages obliegen und zwar in folgenden Punkten:

1. Entwaffnung, 2. Zahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages am 1. Mai 1921 fällig waren, und deren Begleichung von der Reparationskommission bereits zu dem genannten Zeitpunkt verlangt worden ist, 3. Aburteilung der Kriegsverbrecher unter den Bedingungen, die der Regierung erneut durch Verbandsnoten vom 13. Februar und vom 17. Mai 1921 festgelegt wurden, 4. einige andere wichtige Fragen, im ersten Falle diejenigen, welche Art. 264, 265, 269, 273, 321, 327 des Friedensvertrages berühren.

Sie beschließen deshalb

a) heute bereits alle vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Besetzung des Ruhrtales durch die Verbündeten notwendig sind und zwar unter den in b vorgesehenen Bedingungen gemäß Artikel ... des Friedensvertrages;

b) die Reparationskommission aufzufordern, der deutschen Regierung unverzüglich die Bedingungen, die Begleichung der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit mitzuteilen und die darauf bezügliche Entschließung der deutschen Regierung bis spätestens ... Mai bekannt zu geben;

c) die deutsche Regierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von 6 Tagen nach Empfang der obigen Entscheidung klipp und klar zu erklären, daß sie entschlossen ist,

1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so wie sie von einer Reparationskommission gelegt werden;

2. ohne Vorbehalt die Bedingungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen, die von der Reparationskommission vorgeschrieben sind, anzunehmen und durchzuführen;

3. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Maßnahmen zur Abrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft, welche der deutschen Regierung durch die Verbandsmächte durch Schreiben vom 29. Januar 1921 aufgegeben worden, durchzuführen, weil die Durchführung dieser Maßnahmen bereits fällig geworden ist und unverzüglich die weiteren Maßnahmen dazu zu fügen, die zu bestimmten Zeiten vorzuschreiben wären;

4. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Aburteilung der Kriegsverbrecher vorzunehmen [illegible] Erfüllung der noch übrigen Teile des Vertrages [illegible] wurde und wenn in Paragraph [illegible]

[illegible] Mai zur Erfüllung der Bedingungen zu schreiten und alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreifen bei Nichterfüllung der obigen Bedingungen durch die deutsche Regierung. Diese Besetzung wird so lange dauern, bis Deutschland die unter c) aufgeführten Bedingungen erfüllt haben wird. Gezeichnet: Lloyd George, Briand, ..., Hayashi.

Das Schulkompromiß.

Im Artikel 146 der deutschen Reichsverfassung ist die Gliederung der Volksschulen grundsätzlich festgelegt. Dem Reichstag ist nun ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Ausführungsbestimmungen zu diesem Artikel enthält.

Nach dem Gesetzentwurf werden die Schulen folgender Weise voneinander unterschieden:

1. die Gemeinschaftsschule
2. die Bekenntnisschule
3. die bekenntnisfreie Schule und zwar:
a) die weltliche Schule,
b) die Weltanschauungsschule.

Der Gesetzentwurf hat die Ausdrucksweise der Reichsverfassung nicht übernehmen können, da sie nicht genau ist.

Unter Gemeinschaftsschule ist die für alle Schüler gemeinsame Volksschule zu verstehen. Sie steht grundsätzlich allen Schülern offen. In ihr wird Religionsunterricht lehrplanmäßig erteilt im Sinne des Artikels 149 Abs. 1 der Reichsverfassung und nach näherer Bestimmung des Landesrechts. Die Anstellung des Lehrers ist an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bekenntnis nicht gebunden, doch ist die religiöse Gliederung der Schüler nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Die Bekenntnisschule erteilt lehrplanmäßigen Religionsunterricht an die von ihr aufgenommenen Schüler eines Religionsbekenntnisses. Doch können nach Bestimmungen des Landesrechts auch solche Schüler aufgenommen werden, in deren Bekenntnis lehrplanmäßiger Religionsunterricht nicht erteilt wird. Die Lehrer müssen dem Bekenntnis angehören, für das die Schule bestimmt ist. Ausnahmen sind zulässig. Die dem Bekenntnis üblichen religiösen Uebungen und Gebräuche sind insoweit zugelassen, als der allgemeine Unterricht nicht darunter leidet.

Die bekenntnisfreien Schulen sind Volksschulen, die Religionsunterricht nach Artikel 149 Abs. 1 der Reichsverfassung nicht erteilen. Die weltliche Schule steht allen Schülern offen. Angehörige jeder Bekenntnisse und jeder Weltanschauung können als Lehrer angestellt werden. Die allgemeinen Lehrpläne und Lehrbücher sind dem Unterricht zu Grunde zu legen, doch können die Lehrbücher der Art der Schule angepaßt werden. Die Weltanschauungsschule nimmt Schüler auf, die grundsätzlich in einer bestimmten Weltanschauung erzogen werden sollen. Die nähere Gestaltung solcher Schulen regeln landesrechtliche Bestimmungen.

Der Entwurf weist darauf hin, daß das in der Weimarer Verfassung vorgesehene Kompromiß in erster Linie ein Versöhnungswerk sein will. Trotz der angeblich unüberbrückbaren Gegensätze in der Weltanschauung will es zur gemeinsamen Förderung der deutschen Schule alle Kräfte zusammenfassen und ...